

„Ich will niemanden enteignen“

Sachsens Linke-Chefin Susanne Schaper über Lehren aus der Coronakrise und ihre Rückkehr in den alten Beruf

CHEMNITZ/DRESDEN – Sachsens Linke zeigt sich mit dem Kurs der schwarz-grün-roten Landesregierung zur Bewältigung der Coronakrise bisher weitgehend einverstanden. Für Susanne Schaper, seit mehr als fünf Monaten Landesvorsitzende der Oppositionspartei, kommt es nun aber auf die langfristigen Konsequenzen an. Mit der 42-jährigen Sozialpolitikerin aus Chemnitz sprach Tino Moritz.

Freie Presse: *Stimmt es, dass Sie wegen der Coronakrise in Teilzeit in Ihren alten Beruf zurückgekehrt sind?*

Susanne Schaper: Es heißt doch immer, Politiker in die Produktion. Im Ernst: Mein Beruf als Krankenschwester hat mich auch als Gesundheitspolitikerin nie losgelassen. Meinen jährlichen Hilfeinsatz in Vietnam musste ich dieses Jahr wegen Corona kurzfristig absagen. Als hier medizinisches Personal gesucht wurde, habe ich mich gemeldet, auch schon in der Corona-Ambulanz ausgeholfen. Ich würde mit meinen 20 Jahren Berufserfahrung sofort im Krankenhaus arbeiten, wenn ich gebraucht werde.

Wie ist die Stimmung der Kollegen und Ex-Kollegen?

Das medizinische Personal in Sachsen ist sehr motiviert und einsatzbereit. Die Aufrechterhaltung der Gesundheitsversorgung funktioniert trotz der immensen Belastung. Dennoch nehme ich zugleich eine Verunsicherung über alle Abteilungen hinweg wahr, zum Beispiel bei den Hausärzten, für die auch zu wenige Schutzausrüstungen da sind. Alle fragen sich, was nach Corona kommt.

„Das Beitragsgeld der Versicherten sollte auch in Krisenzeiten nicht als Gewinn in den Taschen privater Konzerne landen.“

Was halten Sie von der Maskenpflicht, die nach sächsischem Vorbild nun bundesweit kommt?

Sie ist umstritten, da sie auch ein falsches Gefühl der Sicherheit erzeugt. Der Mund-Nasen-Schutz schützt das Umfeld nur vor dem eigenen Auswurf. Ansonsten ist es eine schwierige Debatte. Das A und O bleiben die Abstandsregeln und das Händewaschen. Schwierig ist, eine Pflicht zu verhängen, wenn die Masken nicht einmal für den medizinischen Bereich reichen. Und es sollte für Menschen, die diese aus medizinischen Gründen nicht tragen können, Ausnahmen geben. Aber natürlich halte ich mich selbst an die Regeln, ich möchte da auch solidarisch sein.

Schon Mitte März nannten Sie die von der Regierung vorgenommenen Eingriffe in das öffentliche Leben folgerichtig. Sind Sie auch jetzt noch mit dem Regierungskurs zufrieden?

Keiner, wirklich keiner, konnte auf Erfahrungswerte zurückgreifen. Es geht hier um den Schutz von Leben. Und es hat ja auch bisher funktioniert. Wichtig ist nur, dass wir Lehren daraus ziehen. Nichts ist so schlecht, dass es nicht für irgendetwas gut ist. Jetzt zeigt sich, dass Gesundheit keine Ware sein darf.

Das deutsche Gesundheitssystem wird international in höchsten Tönen gelobt. Auch die Anzahl der Intensivbetten reicht bisher aus. Was gibt es denn da für die Linke noch zu holen?

Wir dürfen nicht vergessen, dass wir uns das Lob erst durch eine gewaltige Hauruck-Aktion verdient haben. Dass wir jetzt so viele Intensivbetten zur Verfügung haben, liegt auch an den dafür ausgelobten Prämien. Da hat so manches private Krankenhaus schnell aufgerüstet. Kommunale Häuser haben da einen anderen Versorgungsauftrag. Ich wünsche mir mehr denn je eine Rekommunalisierung von Krankenhäusern.

Fordert die Linke also mitten in der Coronakrise die Enteignung aller privaten Krankenhäuser?

Ich will niemanden enteignen, aber das Beitragsgeld der Krankenversicherten sollte auch in Krisenzeiten nicht als Gewinn in den Taschen privater Konzerne landen. Für mich gibt es da ein klares Kriterium – die Regelversorgung, Es ist ein Unterschied, ob jemand beispielsweise an einem Tumor erkrankt oder ob er sich die Brüste vergrößern lassen will. Es ist total legitim, dass Schönheitschirurgie privat angeboten wird. Privatkliniken für private Leistungen. Öffentliche Daseinsvorsorge gehört in öffentliche Hand. Damit jeder, der krank wird, gut behandelt werden kann.

Welche Lehren sind denn unmittelbar aus Corona ableitbar?

Wir müssen weg von den Fallpauschalen. Krankenhäuser müssen wieder nach dem tatsächlichen Aufwand für die Patienten statt nach Diagnosen bezahlt werden. Dann müssen wir auch den öffentlichen Gesundheitsdienst stärken. In den vergangenen Jahren waren wir als Linke die einzigen, die das gefordert haben. Inzwischen sehen auch andere ein, dass die Gesundheitsämter mehr Personal brauchen – auch in Nichtkrisenzeiten. Die Lieferengpässe bei Schutzausrüstung und Arzneimitteln müssen zu einem Umdenken führen. Dazu müssen wir regionale Unternehmen unterstützen. Und es kann natürlich auch nicht so bleiben, dass systemrelevante Berufe teils am schlechtesten bezahlt sind. Dabei sollten wir die für Hygiene wichtigen Reinigungskräfte nicht vergessen. Es ist unfassbar, dass auch Krankenhäuser Reinigungspersonal in Kurzarbeit geschickt haben – während dieselben Einrichtungen für jedes leerstehende Bett als Corona-Vorsorge pro Tag 560 Euro kassierten.

Die Bertelsmann-Stiftung hatte noch 2019 die Schließung vieler Kliniken empfohlen. Ist das nun undenkbar geworden?

Das hoffe ich. Laut der Studie sollte ihre Zahl von bundesweit 1400 auf 600 reduziert werden – 800 Krankenhäuser sollten also geschlossen werden, auch Häuser in Sachsen. Jetzt müsste auch dem Letzten klar sein, dass das keine verantwortbare Idee ist. Klar muss es nicht überall ein Kompetenzzentrum für Hüften geben, aber eine Anlaufstelle zur Notversorgung schon – das hilft dann auch für dringende Umrüstungen vor der nächsten Pandemie.

Die Coronakrise erfordert auch auf anderen Gebieten massive Hilfen des Staates. Bei wem soll er sich das Geld zurückholen?

Jedenfalls nicht über die pauschale Erhöhung von Steuern, die alle Menschen unabhängig vom Einkommen gleichermaßen belasten würde. Das lässt sich anders lösen: Die Linke ist für die Einführung einer solidarischen Krankenkasse, in die alle einzahlen. Wir fordern die Einführung einer Vermögensteuer, die Herabsetzung des Freibetrags bei der Erbschaftssteuer für absurd hohe Erbschaften, eine Finanztransaktionssteuer und einen erhöhten Spitzensteuersatz – ab einem Jahreseinkommen von einer Million Euro.

Selbst wenn es jetzt mehr als die 175 Einkommensmillionäre 2016 im Freistaat geben sollte, dürfte das kaum reichen. Sachsen will ja bis zu sechs Milliarden Euro an Schulden aufnehmen. Werden zu deren Tilgung drastische Einschnitte nicht unausweichlich sein?

Das muss nicht sein. Sachsen verfügt über Rücklagen in Milliardenhöhe. Wir werden als Linke darauf achten, dass nichts gestrichen wird, was dem sozialen Frieden dient und sozial Benachteiligte schützt. Ich wüsste auch gar nicht, wo die Regierung groß streichen könnte. Mit sozialer Großzügigkeit hat Sachsen ja schon in der Vergangenheit nicht unbedingt geblüht.

Sie treten für die Linke zur Chemnitzer Oberbürgermeisterwahl an. Kam Ihnen die Verschiebung des Wahltermins von Juni auf voraussichtlich September wegen Corona zupass?

Es war eine lebensnahe Entscheidung. Corona verändert natürlich auch die Anforderungen für die nächsten sieben Jahre in Chemnitz. Wenn die Coronakrise ein Marathon ist, sind wir momentan bei Kilometer 5. Das meiste liegt also noch vor uns. Wir brauchen ein gutes Konzept für unser Zusammenleben, gerade jetzt.

Bildtext: Susanne Schaper im Video-Interview der „Freien Presse“	SCREENSHOTS/MONTAGE: TINO MORITZ/UWE MANN
Bildtext: Susanne Schaper im Video-Interview der „Freien Presse“	SCREENSHOTS/MONTAGE: TINO MORITZ/UWE MANN
Bildtext: Susanne Schaper im Video-Interview der „Freien Presse“	SCREENSHOTS/MONTAGE: TINO MORITZ/UWE MANN
Bildtext: Susanne Schaper im Video-Interview der „Freien Presse“	SCREENSHOTS/MONTAGE: TINO MORITZ/UWE MANN
Bildtext: Susanne Schaper im Video-Interview der „Freien Presse“	SCREENSHOTS/MONTAGE: TINO MORITZ/UWE MANN
Bildtext: Susanne Schaper im Video-Interview der „Freien Presse“	SCREENSHOTS/MONTAGE: TINO MORITZ/UWE MANN